



ausschließlich per E-Mail: [REDACTED]

Bundesnetzagentur | Postfach 80 01 | 53105 Bonn

## Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

**Amprion GmbH**

z.Hd. [REDACTED]

Robert-Schuman-Str. 7  
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
N-CN/Gei,  
01.08.2022

Mein Zeichen, meine Nachricht vom  
4.14.03.02/22-008

☎ 0228  
14-[REDACTED]  
oder 14-0

Bonn  
27.10.22

## Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven B (BNA 0332) der Uniper Kraftwerke GmbH; Aktenzeichen 4.14.03.02/22-008

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Amprion GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Schuman-Str. 7, 44263 Dortmund

- Antragstellerin -

unter Beiladung der

Uniper Kraftwerke GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Holzstr.6, 40221 Düsseldorf

- Beigeladene -

wegen

Bundesnetzagentur für  
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,  
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn  
Tulpenfeld 4  
53113 Bonn  
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn  
0228 14-8872

E-Mail  
poststelle@bnetza.de  
Internet  
<http://www.bundesnetzagentur.de>

**Bitte neue Bankverbindung beachten!**  
Bundeskasse Weiden  
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg  
BIC: MARKDEF1750  
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven B hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 27.10.2022 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin vom 01.08.2022 auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven B im Sinne von § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG ab dem 01.07.2023 bis zum 30.06.2025 wird genehmigt.
2. Der Antragstellerin wird aufgegeben, einen möglichen Folgeantrag nach § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerksblocks Scholven B spätestens bis zum 31.05.2024 bei der Bundesnetzagentur zu stellen, sofern dieser über den 30.06.2025 hinaus systemrelevant ist.
3. Der Widerruf bleibt vorbehalten.

### **Gründe:**

#### **I.**

Die Betreiberin der Anlage Scholven B, die Uniper Kraftwerke GmbH (im Folgenden: die Beigeladene), Holzstr. 6, 40221 Düsseldorf zeigte mit Schreiben vom 30. März 2022 gegenüber der Antragstellerin und der Bundesnetzagentur an, dass die Anlage Scholven B, Nettonennleistung 345 MW, am Standort Gelsenkirchen zum 30.06.2023 endgültig stillgelegt werden solle.

Mit Schreiben vom 15. Juli 2022, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 01. August 2022, stellte die Antragstellerin als verantwortliche Übertragungsnetzbetreiberin bei der Bundesnetzagentur den Antrag nach § 13b Abs. 5 EnWG, die von ihr vorgenommene Systemrelevanzausweisung für die Anlage Scholven B zu genehmigen. In ihrer Antragsbegründung verweist die Antragstellerin insbesondere auf Analysen auf Basis der Systemanalyse im Sinne des § 3 Netzreserververordnung, die die Systemrelevanz der Anlage begründen würden.

Die Bundesnetzagentur leitete auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein.

Der Beigeladenen wurde mit Schreiben vom 19.09.2022 die Möglichkeit gegeben, zum Verfahren und zur beabsichtigten Entscheidung der Bundesnetzagentur, den Antrag zu genehmigen, Stellung zu nehmen. Mit Schreiben vom 06.10.2022 gab die Beigeladene eine Stellungnahme ab. Hierbei verwies sie zunächst auf ihre Stellungnahme vom 30.05.2022 hinsichtlich der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven C, in welcher bereits die Situation am Standort Scholven

und insbesondere die wechselseitige Abhängigkeit der Blöcke C und B dargestellt worden sei. Die in dieser Stellungnahme getroffenen Aussagen behalten ihre Gültigkeit auch in Bezug auf das vorliegende Genehmigungsverfahren hinsichtlich der Systemrelevanzausweisung von Block B. Zum technischen Zustand von Block B führt die Beigeladene aus, dass aufgrund der hohen Betriebsstundenzahl (350.000 Betriebsstunden) der Anlage und der in den letzten Jahren verfolgten Revisionsstrategie, die auf eine Stilllegung der Anlage ausgelegt war, mit einer vergleichsweise hohen Nichtverfügbarkeit der Anlage in der Netzreserve gerechnet werden müsse. Im Interesse der Anlagen- und Arbeitssicherheit sei eine sicherheitstechnische Bewertung der Anlage vor dem Weiterbetrieb in der Netzreserve notwendig. Die Beigeladene erklärt, dass folgende betriebliche Einschränkungen hinsichtlich des Weiterbetriebs von Scholven B in der Netzreserve bestehen: Nach Inbetriebnahme des neuen Kraftwerksblocks III am Standort Scholven sei ein paralleler Betrieb der Blöcke B und C nicht mehr zulässig, was sich aus lärmschutzrechtlichen Vorgaben der BlmSch-Genehmigung für Scholven III ergebe. Ebenfalls aus der Betriebsgenehmigung von Scholven III folge eine Betriebsbeschränkung für die Blöcke B und C, die künftig nur noch in dem Umfang betrieben werden dürfen, dass sie jeweils pro Jahr nicht mehr als 48 Prozent der mittleren jährlichen Emissionen der Jahre zwischen 2015 und 2017 an Schwefeldioxyd, Stickstoffoxyd, Gesamtstaub, Kohlenmonoxyd und Ammoniak ausstoßen. Zudem stünden am Standort nur eingeschränkt Lagerungsmöglichkeiten für Ersatzteile zur Verfügung. Neben dem Lagerplatz für die Neuanlage Block III sei noch Lagerkapazität für einen der Kohleblöcke vorhanden. Schließlich trägt die Beigeladene vor, dass die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Blocks B, zusätzlich zur bereits als systemrelevant genehmigten Anlage Scholven C, für sie mit erheblichen Nachteilen verbunden sei und nur im Fall der absoluten Notwendigkeit erfolgen solle.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

## II.

### 1.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Scholven B wird stattgegeben. Der zulässige Antrag ist begründet, da die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 S. 1 EnWG vorliegen.

Der Kraftwerksblock Scholven B ist systemrelevant im Sinne von § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG, denn seine Stilllegung würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen und diese Gefährdung oder Störung könnte nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden.

**a)**

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge der Stilllegung ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlage in besonderen Situationen örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind. Dies stellt eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV dar. Diesbezüglich hat die Antragstellerin dargelegt, dass die Anlage zur Behebung von Netzengpässen durch strombedingte Redispatch-Einsätze benötigt wird, da ohne deren Verfügbarkeit zum strombedingten Redispatch die Systemsicherheit nicht mehr im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann.

In der Systemanalyse 2022 konnten die durch den Angriffskrieg Russlands hervorgerufenen Verwerfungen der Energieversorgung noch nicht berücksichtigt werden. Unsicherheiten hinsichtlich der Gasversorgungssicherheit bestehen auch noch im Hinblick auf den Winter 2023/2024, der in den Ausweisungszeitraum der Systemrelevanz von Scholven B fällt. Gegenwärtig lässt sich noch nicht hinreichend sicher prognostizieren, in welchem Umfang die Gasversorgung von Kraftwerken als gesichert angesehen werden kann, sodass ein gesteigertes Interesse besteht, Steinkohlekraftwerke betriebsbereit zu halten, soweit diese zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit beitragen. Zwar ist ein paralleler Betrieb der beiden Steinkohleblöcke B und C nach Inbetriebnahme von Scholven III genehmigungsrechtlich unzulässig, dennoch würde in der gegenwärtigen Situation die Stilllegung von Scholven B, die konkrete Gefährdung der Versorgungssicherheit weiter erhöhen. Denn hierdurch fiel am Kraftwerksstandort Scholven die Möglichkeit weg, dass sich die Anlagen Scholven B und Scholven C wechselseitig absichern, wenn eine der Anlagen aus technischen Gründen ausfällt. Die Systemrelevanzausweisung von Scholven C wurde mit Bescheid der Bundesnetzagentur vom 21.07.2022 (Aktenzeichen 4.14.03.02/22-007) bis zum 31.10.2024 genehmigt, insbesondere aufgrund der Anforderung der vollständigen Leistung der Anlage zum Redispatch im Zeitraum vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023. In ihrer Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren der Systemrelevanzausweisung von Scholven C vom 30.05.2022 sowie der Stellungnahme zum vorliegenden Genehmigungsverfahren hinsichtlich Scholven B betonte die Beigeladene, dass hinsichtlich beider Blöcke aufgrund ihres Alters und ihrer Betriebsstundenzahl vergleichsweise häufig mit technischen Nichtverfügbarkeiten gerechnet werden müsse (wobei Scholven B in einem besseren technischen Zustand sei als Scholven C). Zur Reduzierung der zu erwartenden Nichtverfügbarkeitszeiträume sind daher beide Steinkohlekraftwerke am Standort an der Stilllegung zu hindern, um zu vermeiden, dass sich bei einem technischen Defekt eines Steinkohleblocks die am Standort verfügbare Redispatchleistung deutlich reduziert.

**b)**

Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass der Wegfall der Erzeugungsleistung von Scholven B infolge der geplanten endgültigen Stilllegung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversor-

gungssysteme führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Anlässlich der Systemrelevanzprüfung ist die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin vor dem Hintergrund der drohenden Personenschäden und dem volkswirtschaftlichen Schaden infolge eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls gerecht geworden.

**c)**

Der Vortrag der Beigeladenen zur immissionsschutzrechtlichen Betriebsbeschränkung von Scholven B, seiner eingeschränkten technischen Zuverlässigkeit und zur eingeschränkten Lagekapazität für Ersatzteile am Standort lässt nicht darauf schließen, dass ein Weiterbetrieb der Anlage in der Netzreserve tatsächlich oder rechtlich unmöglich ist.

**d)**

Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 Alt. 1 EnWG erfolgt die Ausweisung in dem Umfang, der erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte verfügbare Nennleistung der Anlage (345 MW) beziehen, § 13b Abs. 5 Satz 8 Alt. 2 EnWG für den Zeitraum, der erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden. Die Ausweisung der Systemrelevanz für 24 Monate vom 01.07.2023 bis zum 30.06.2025 durch die Antragstellerin begegnet keinen Bedenken.

**e)**

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG die Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen hat, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

**2.**

Ziffer 2 der Entscheidung basiert auf § 13b Abs. 5 Satz 5 EnWG. Danach kann die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. Zwar trifft das Gesetz keine Regelung, wie lange im Voraus ein betroffener Kraftwerksbetreiber im Falle einer Folgeausweisung über diese zu informieren ist. Indes bestimmt § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG, dass der Übertragungsnetzbetreiber den Antrag auf Genehmigung der Ausweisung nach Prüfung der Anzeige einer Stilllegung unverzüglich bei der Bundesnetzagentur zu stellen und zu

begründen hat. Damit soll sichergestellt werden, dass durch eine frühzeitige Information die berechtigten Interessen des betroffenen Kraftwerksbetreibers gewahrt und insbesondere durch die Gewähr von Planungssicherheit dessen Belastung so gering wie möglich gehalten werden sollen. Obwohl eine entsprechende Vorschrift für den Fall der Folgeausweisung fehlt, ist der dahinterstehende Rechtsgedanke als Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsprinzips übertragbar. Wenngleich der Rechtsbegriff „unverzüglich“, also „ohne schuldhaftes Zögern“, wie in § 121 BGB definiert, in jedem Fall individuell variieren kann, ist es vorliegend angemessen, der Antragstellerin aufzugeben, die Genehmigungen möglicher anschließenden Systemrelevanzausweisungen bis spätestens Ende Mai 2024 bei der Bundesnetzagentur zu beantragen. Diese geht selbst davon aus, bis zum vorgenannten Zeitpunkt Gewissheit über die Bedeutung des Kraftwerksblocks Scholven B für die Systemsicherheit zu haben.

### **Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 27.10.2022

A large black rectangular redaction box covering the signature and name of the official.

(Leiterin Referat Versorgungssicherheit Strom)